Ein spannungsvoller Parteikongress

Autor(en): **Nägeli, Hans**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **37 (1958)**

Heft 10

PDF erstellt am: **04.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-337039

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

37. JAHRGANG
OKTOBER
HEFT 10

ROTE REVUE

HANS NÄGELI

Ein spannungsvoller Parteikongreß

Die schweizerische Öffentlichkeit sah dem außerordentlichen sozialdemokratischen Parteitag vom 4. und 5. Oktober 1958 mit betontem Interesse entgegen. Seine Spannungsmomente traten sehr deutlich schon in den unmittelbar vorausgegangenen zahlreichen Versammlungen der örtlichen und regionalen Organisationen in Erscheinung. Die Rekordbeteiligung aus West bis Ost und Nord bis Süd unseres Landes, auffallend zahlreiche Männer und Frauen der jüngeren Generation, eine Atmosphäre aufgespeicherter und doch eher verhaltener Erwartung gereichten den Teilnehmern bereits zum eindrucksvollen Erlebnis. Verhandlungsverlauf und Beschlüsse sind aus der Tagespresse bereits bekannt. Wir beschränken uns hier auf eine kurz resümierende Besprechung.

*

Die kontradiktorische Stellungnahme zur Initiative des Landesrings für die Einführung der 44-Stunden-Woche in den dem Fabrikgesetz unterstellten Betrieben offenbarte bereits die überaus lebendige und gleichzeitig verantwortungsbewußte Aufmerksamkeit des großen Auditoriums für die gegensätzlichen Ausführungen der Nationalräte Hans Düby, Bern, und Otto Schütz, Zürich, als Referenten. Die darauffolgende Diskussion ließ das Unbehagen darüber, daß sich die Initianten einer ureigenen Forderung der ihnen nicht unbedingt sympathischen Arbeiterbewegung bemächtigt, diese zudem in eine kaum ernsthaft überdachte Form gekleidet und dieses Unterfangen eher darauf angelegt hatten, einen trennenden Keil in die Arbeiterbewegung hineinzutreiben, ohne weiteres leicht erkennen. Der Sinn des Abstimmungsentscheides läßt sich denn auch unschwer dahin interpretieren: In der Eventualabstimmung zwischen Ja und Nein manifestierte der Parteitag mit einer Mehrheit von 71 Ja sein prinzipielles Festhalten an der an sich berechtigten und begründeten Forderung, während er im definitiven Entscheid bei 225 Ja und 441 Stimmen für Stimmfreigabe sein Mißtrauen gegenüber der Urheberschaft und der eher saloppen Gestaltung des Initiativtextes zum Ausdruck brachte. Damit überließ der Kongreß den einzelnen Kantonalparteien die Festlegung ihres Standpunktes.

Obwohl die Gleichberechtigung der Frau zu den ältesten und geradezu selbstverständlich gewordenen Forderungen der sozialistischen Bewegung gehört, machte sich Hedy Leuenberger ihre Aufgabe als Referentin zur Vorlage über das Stimm- und Wahlrecht der Frau in eidgenössischen Angelegenheiten nicht allzu leicht. Sie fand erwartungsgemäß die ungeteilte Zustimmung des Parteitages.

*

Wohl konzentrierten sich die akzentuiertesten Stimmungselemente auf die Atomwaffenfrage; diese vermochte jedoch die vorangehende Stellungnahme zu zwei gleichzeitigen Initiativaktionen und deren Bedeutung nicht zu überschatten. Nationalrat Dr. Max Weber war der berufene Interpret, der die Notwendigkeit und die sachliche Begründung der beiden Vorstöße ausgezeichnet und in jeder Beziehung überzeugend darzulegen verstand. Die Volksinitiative für die Verbesserung des realen Wertes der AHV-Renten war viele Wochen voraus nach einer Sitzung des Parteivorstandes als Antrag zum Parteitag öffentlich angekündigt worden, und schon jene Ankündigung löste bei maßgebenden bürgerlichen Kreisen eine Art Kettenreaktion aus. Die zweite Volksinitiative erstrebt die Einführung der Gesetzesinitiative im Bunde; ihre unmittelbar nach dem Parteitag in Form gebrachte Fassung ergab sich aus den Vorstudien einer speziell damit beauftragten Kommission. Beide Anträge fanden die freudige und einhellige Zustimmung des Parteitages.

*

Die intensive Ausnützung der Verhandlungsstunden des Samstags bot nunmehr die Möglichkeit, für die Atomwaffenfrage den ganzen zweiten Kongreßtag zu reservieren. Parteipräsident Bringolf, der die Kongreßverhandlungen fast während ihrer gesamten Dauer und mit geradezu bewunderungswürdigem Geschick leitete, eröffnete die Aussprache und Stellungnahme mit einem sozusagen völlig frei gehaltenen Referat, dem das große Auditorium mit nie nachlassender Aufmerksamkeit lauschte. Nationalrat Walther Bringolf begründete damit zugleich seinen persönlichen Antrag, der zuvor schon die Zustimmung der Mehrheit des Parteivorstandes gefunden hatte. Für viele Teilnehmer überraschend kündigte er an, er werde den Antrag Lausanne, wonach durch Lancierung einer Verfassungsinitiative allfällige Beschlüsse der eidgenössischen Räte für die atomare Ausrüstung der Schweizer Armee dem obligatorischen Referendum unterstellt werden sollen, in seine eigene Antragstellung aufnehmen. Damit und namentlich durch die nachfolgende Übernahme des materiell wichtigsten Teils aus dem Vorschlag Nägeli in den Antrag Bringolf war die Voraussetzung für die während der Mittagspause erfolgte Vereinigung beider Anträge zu einer gemeinsamen Fassung Bringolf/Nägeli gegeben. Ihr gegenüber bestand schon zu Beginn des Parteitages eine gemeinsame Resolutionsfassung Giovanoli/Brandt, die bei Annahme

ohne weiteres zugelassen hätte, die bereits von außen her angekündigte Atomwaffenverbotsinitiative durch die Partei in aller Form zu unterstützen. Daß die Mitgliedschaft der Sozialdemokratischen Partei die Atomwaffe im allgemeinen aus rein humanitären und ethischen Empfindungen heraus ablehnt, ist kein Geheimnis, sondern leicht zu verstehen. Sie trifft sich in ihrer Abscheu vor den Wirkungen atomarer Massenvernichtungsmittel schließlich mit allen Menschen, die noch fähig sind, menschlich zu empfinden. Rein stimmungsmäßig befanden sich jene Parteikreise, die sich um die Antragstellung Giovanoli/Brandt scharten, eher im Vorteil. Schließlich gewann aber doch im Ablauf der im allgemeinen recht sachlichen Auseinandersetzungen die im Antrag Bringolf/Nägeli enthaltene Auffassung die Oberhand. In selten erlebter Spannung erwartete das große Auditorium die entscheidende Abstimmung. Sie löste sich, als sich der Parteitag mit 381 Stimmen für den Antrag Bringolf/Nägeli ausgesprochen hatte, während der Antrag Giovanoli/Brandt 294 Stimmen auf sich vereinigte. In gelassener Ruhe, aber mit noch viel größerer Mehrheit stimmte der Parteitag nachher dem gesonderten Ordnungsantrag zu, der sich von der außerparteilichen oder überparteilichen Aktion um die Verbotsinitiative abgrenzt.

Man verrät durchaus kein Geheimnis mit der Feststellung, daß die Stellungnahme zur Atomwaffenfrage durch diesen außerordentlichen Parteitag vielfach als verfrüht empfunden, jedoch durch bestimmte Vorgänge zwangsläufig herbeigeführt wurde. Rückschauend betrachtet, wird der Luzerner Beschluß in weitesten und auch in jenen Kreisen der Mitgliedschaft, die vorher anderer Meinung sein mochten, als richtig empfunden. Auf jeden Fall bleibt die Luzerner Herbsttagung als großartiges, eindrucksvolles Erlebnis in der Erinnerung haften. Zugleich hat die Sozialdemokratische Partei der Schweiz bewiesen, daß sie imstande ist, bedeutendste und hart umstrittene Probleme und Landesfragen im Geiste der Toleranz zu meistern.

DR. ERNST ERZINGER

Sozialistische Grundsätze bei der Gestaltung des heimatlichen Lebensraumes

(Fortsetzung und Schluß)

Bevölkerungszunahme im Lichte des Fortschrittes

Unter den Organismen ist dem Menschen auf der Erde eine besondere Stellung zugedacht. Über seine Stellung im Reiche der Schöpfung soll er Bewußtsein und Erkenntnisse erlangen und sich die Erde untertan machen. Diese prophetische Verheißung ist aus einer Lage heraus verkündet worden, in welcher der Mensch dauernd in Gefahr war, durch Naturgewalten, Krank-